

# Internationalisierung der Mindanao-Krise: Die Solidarität der Völker ist gefragt

von Gus Miclat

*Ein Blick auf den gegenwärtig die Region Mindanao heimsuchenden Konflikt bestätigt die Dringlichkeit einer breiten und stärkeren Solidarität zwischen den Ländern des Südens.*

Die wieder entbrannten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Regierungstruppen und der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) sind nur das jüngste Aufbegehren, das die Region erschüttert. In den letzten Monaten und Wochen haben Konflikte die gesamten Region erfasst: in Osttimor, Aceh, West-Papua, Ambon, Burma und erst kürzlich — nicht weit entfernt — in Sri Lanka.

Die aktuelle Finanzkrise in Asien mag diese Uneinigheiten verstärkt haben und sie ist Auslöser für radikale politische Veränderungen, wie sich das in Osttimor und Indonesien beobachten lässt. Doch die Konflikte können erst gelöst werden, wenn ihre historischen sozio-ökonomischen Ursachen ernsthaft

bestimmt und diese nicht gefährlicher Weise als ethnisch oder religiös begründet verschleiert werden.

Die Notwendigkeit von internationaler Solidarität als ein Prozess und als das Ermöglichen von gemeinsamen Aufrufen und Aktionen seitens der betroffenen Bevölkerungen, wird da noch offensichtlicher.

Es ist dieser »Graswurzeln-Internationalismus«, welcher den Menschen helfen und sie darin bestärken kann, Transparenz, wenn nicht sogar Verantwortung von den politischen Institutionen einzufordern. Die Situation in Mindanao spiegelt dabei die Bedingungen für die gesamte Region wider.

Jahrzehntealte Probleme, durch die Ära des Kolonialismus hervorgerufen, haben eine künstliche

geographische Teilung geschaffen. Wirtschaftliche Eliten unterwarfen und zerstörten die im Wandel begriffenen Kulturen und Zivilisationen in ihrer blinden Gier nach Profit und Ruhm. Dies zog die Vertreibung ganzer Völker nach sich, die Verdrehung ihrer Kultur und ihre Unterwerfung unter die ökonomische Elite.

Der Kampf für Selbstbestimmung und Befreiung ist eine natürliche Reaktion auf diese Ungerechtigkeiten. Je mehr sich die Welt auch zu einem globalen Dorf zu entwickeln scheint und die Digitalisierung der Information und der Beziehungen unter den Völkern fortschreitet; diese Kämpfe behalten ihr moralisches Recht, ihre Ziele bleiben vernünftig und wertvoll.

So muss die moralisch berechtigte Forderung der MILF nach einem eigenen Staat, der seinen Menschen gehört, sachlich aus dieser Perspektive der Selbstbestimmung gesehen werden.

**Das rücksichtslose Schwarz-Weiß-Denken der Regierung ist besorgniserregend**

Es ist dann eine Herausforderung für die Regierung und die

*Der Autor ist Direktor der Initiative for International Dialogue (IID), einer Nichtregierungsorganisation aus Davao, die sich der Süd-Süd-Solidarität verschrieben hat.*



Auf der Flucht: 700.000 Vertriebene in Zentralmindanao

aus: HEKS Nr. 214, Nov./Dez. 1990, S. 4

philippinische Mehrheitsgesellschaft, den Aufständischen eine passende Alternative zur Sezession zu schneiden und ihnen diese schmackhaft zu machen. Dies ist möglich und es wurden schon konkrete Vorschläge — zum Beispiel das Konzept des Föderalismus — unterbreitet.

Besorgniserregend an den aktuellen Gefechten ist das rücksichtslose Schwarz-Weiß-Denken der amtierenden Regierung, die nichts weniger als einen militärischen Sieg anstrebt. Und noch gefährlicher ist das gleichzeitige Ansteigen der antimoslemischen Hysterie unter der Mehrheit der Bevölkerung, die dieses Vorhaben unterstützt. Dies ist eingebettet in die nicht abreißen lassen kriminellen Aktivitäten der Abu Sayyaf-Banditen. Es wurde berichtet, dass die Abu Sayyaf tatsächlich eine Kreation des Militärs und des CIA ist, um einen Keil in die muslimische Rebellion zu treiben. Doch sie ist zu einer Art »Frankenstein« mutiert und außer Kontrolle geraten. Zynische Stimmen sprechen von einem Einhergehen der jüngsten Abu Sayyaf-Aktionen mit den Attacken auf die Bollwerke der MILF.

Die von der philippinischen Regierung initiierten Feindseligkeiten gegen die MILF unter dem Vorwand, den Souveränitätsanspruch auf einen nur 15 Kilometer langen Highway-Abschnitt zu wahren, gab der Regierung den Impuls, alles auszurotten, was nach einem eitrigen Geschwür aussieht. Aber diese Krankheit ist leider mehr als ein Geschwür — sie ist ein Krebs, der Metastasen bildet, wenn er nicht chirurgisch durch schnelle politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Lösungen entfernt wird.

Der Mindanao-Krieg weist eindeutig viele Parallelen mit den sich ausbreitenden Problemen der Region auf. Die Internationalisierung der Krise ist nötig, um den Druck auf die beteiligten Parteien — vor allem die philippinische Regierung — zu erhöhen, damit diese nach friedlichen Lösungen suchen, um den gegenwärtigen toten Punkt zu überwinden.

Internationale Aufmerksamkeit — gerade in einem asiatischen Kontext — geht ihre eigenen Wege, sie muss politische Prozesse transparenter gestalten und auf diese Weise weniger zu gewaltsamen Methoden neigen lassen. Die Einbeziehung un-

abhängiger dritter Parteien aus dem Ausland kann gleichfalls den Pfad zu Verhandlungen und politischen Lösungen erleichtern.

Vor dem Tripolis-Abkommen [1976 das erste Friedensabkommen zwischen philippinischer Regierung und moslemischer Unabhängigkeitsbewegung — die Red.] gab es ohnehin schon eine »Intervention« von auswärtigen Parteien: Die Organisation Islamischer Länder und teilweise Indonesien, Malaysia und Libyen hatten ihre Hände im Spiel und — so sagen einige — haben entscheidend die Verabschiedung des Tripolis-Abkommens und sogar die scheinbare Kapitulation der MNLF vor der Ramos-Regierung beeinflusst. Aber weder die Bevölkerung Mindanaos noch die in der Region waren an der »Intervention« bzw. am Mediationsprozess beteiligt.

Das Besondere am Mindanao-Problem — und an ähnlichen Fällen in anderen Gebieten der Region — ist es, den delikaten und emotionalen Aspekt der Ethnizität und Religion anzugehen. Und dies während man die Vernachlässigung und Ungerechtigkeit aufarbeitet, die den Konflikt historisch verursacht haben.

Gleichermaßen ist es dringend nötig, den unbeschreiblichen Zorn zu bezwingen, welcher durch das neuerliche Aufwallen der Feindseligkeiten entfacht wurde. Eine Anti-Muslim-Hysterie wurde erkennbar geschürt, wenn nicht sogar systematisch von bestimmten dunklen Kräften des Staates hervorgerufen.

### **Die Tragik kann gemildert werden, wenn es gelingt, das Problem zu einer Angelegenheit von internationalem Interesse zu machen**

Dieser Wahnsinn muss im Keim erstickt werden, bevor er in einem unheilbaren Fieberwahn eskaliert, mit dem nicht mal die gerechnet haben, die ihn ausgelöst haben.

Gelingt es, das Problem zu einer Angelegenheit von internationalem Interesse zu machen, kann die Tragik abgemildert werden. Vielleicht ist es nötig, Mindanao in Beziehung zu anderen Brandherden der Region zu setzen. Dies wird die Möglichkeit eröffnen, sich auf der Grundlage von parallel und somit strategischer durchgeführten Aufrufen unter den Völkern der Region öffentlich zu betätigen.

Auch könnten so die Stimmen von Ambon, Aceh, West-Papua, Burma und Sri Lanka mit der von Mindanao zu einer Plattform von Aufrufen für Frieden und Gerechtigkeit in der konfliktbeladenen Region vereint werden.

Ein unmittelbares Ziel ist es im Moment natürlich, die Kriegstreiber unter den Kampfparteien zu bremsen, insbesondere die philippi-



Foto: ACCORD Mindanao

Die Friedensinitiativen sind noch kaum zu hören.

nische Regierung. Und langfristig kann eine solche Kampagne ein Signal in andere Gebiete senden, dass die Völker und Zivilgesellschaften in der jeweiligen Region solidarisch zueinander stehen und dann nicht untätig bleiben, wenn sie von den Mächtigen vertrieben oder aufgespießt werden.

*Der Artikel wurde der Zeitschrift INFOS-INSIGHT No. 8 — ESSAY zu Fragen Mindanaos vom 24. Mai 2000 entnommen und von Kerstin Korn aus dem Englischen übersetzt.*